

*Dr. Elena Nalon, DVM, Ph.D.
EBVS® European Veterinary Specialist in Animal Welfare, Ethics and Law
Programme Leader - Farm Animals
Eurogroup for Animals*

Guten Tag. Als Erstes möchte ich dem STS für die Einladung zu dieser Pressekonferenz danken. Ich heiße Elena Nalon und bin als Tierärztin auf das Wohlergehen von Nutztieren spezialisiert. Ich arbeite für Eurogroup for Animals, eine Organisation mit 64 Mitgliedern, die ihren Sitz in Brüssel hat und die Interessen von Tieren in allen Bereichen, in denen sie eingesetzt werden, vertritt. Wir beraten verschiedene europäische Institutionen und arbeiten auch auf nationaler Ebene eng mit unseren Mitgliedorganisationen zusammen.

Seitens von Eurogroup for Animals möchten wir auch zu Ihrer Volksinitiative gratulieren, die eine neue Verfassungsbestimmung zur Folge hätte. Wir sind der festen Überzeugung, dass es den Mut zur Erlassung von Gesetzen braucht, wenn wir Bedingungen für eine wirklich nachhaltige und faire Landwirtschaft schaffen wollen, die das Tierwohl über Slogans und falsche Versprechungen hinaus respektiert. Die Schweizer Initiative kann in diesem Sinn ein positives Zeichen setzen, das die Europäische Union hoffentlich in ihrer zukünftigen Agrar- und Handelspolitik inspiriert.

Die Situation in Europa hinsichtlich Zucht (und Landwirtschaft im Allgemeinen) ist bekannt: Alle reden von Nachhaltigkeit, auf politischer Ebene wird aber weiterhin ein industrielles Modell mit konstanter Intensivierung und Wettlauf in Richtung Senkung der Produktionspreise unterstützt, um auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben. Diese Abwärtsspirale geht jedoch massiv auf Kosten der Tiere, der Züchter und letztendlich auch des Planeten. Und das ist alles andere als nachhaltig.

Betrachten wir die Situation aus Sicht der Tiere, stellen wir fest, dass das industrielle Produktionsmodell – obwohl wir in Europa eine recht fortschrittliche Gesetzgebung haben – für Tiere dramatische Lebens- und Sterbebedingungen geschaffen hat. Hauptursachen sind fehlende Vorschriften, die den Tieren ein «würdiges» Leben garantieren, die mangelnde Anwendung der bestehenden Gesetzgebung durch die Mitgliedstaaten und schliesslich der fehlende politische Willen Europas, die bestehenden Gesetze durchzusetzen und seine Gesetzgebung nicht nur an die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern auch an die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger betreffend die Behandlung der Nutztiere anzupassen. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen.

Das erste Beispiel betrifft den Transport von lebenden Tieren, ein viel diskutiertes Thema. Tiertransporte verursachen unsägliches Leiden und lassen sich 2018 nicht rechtfertigen. Angesichts der Nachfragekrise auf dem Binnenmarkt und der Chance, die Exporte zu steigern, ignorieren die Länder die geltenden Rechtsvorschriften. Die Untätigkeit der Politik bleibt die Regel und der Ball wird, was die Verantwortung angeht, konstant zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten hin- und hergeschoben.

Das zweite Beispiel ist die fast totale Nichtanwendung der europäischen Richtlinie über den Schutz von Schweinen, vor allem was das Schwanzcoupieren und die Bereitstellung von geeignetem Beschäftigungsmaterial angeht. Dass die Richtlinie nicht angewendet wird, ist schon fast peinlich, wenn man bedenkt, dass sich nur zwei Mitgliedstaaten (Schweden und Finnland) daran halten, indem sie in ihrer nationalen Gesetzgebung ein totales Verbot eingeführt haben. Angesichts dieser Situation hat die Kommission einen «weichen» Ansatz beschlossen, im Rahmen dessen sie einen Aktionsplan mit Audits, Austausch von Informationen und Fachwissen, geführten Besuchen, runden Tischen usw. einführt ...

Das dritte Beispiel ist die Käfighaltung, die bei Legehennen immer noch erlaubt ist, und die Haltung in Einzelkäfigen von säugenden Sauen.

Ein viertes Beispiel betrifft die Massentierhaltung von Masthühnern, die genetisch ausgewählt werden, damit sie so schnell wachsen, dass schon die alleinige Tatsache, dass sie leben, eine Quelle des ständigen Leidens ist. In der EU werden jährlich 7 Milliarden Masthühner getötet, die zuvor ein qualvolles Leben hatten.

Solche Beispiele könnte ich noch viele aufzählen.

Die europäische Bevölkerung fordert immer mehr, dass die politischen Akteure angesichts der grossen Umwelt- und Tierschutzprobleme, die das in Europa vorherrschende Modell der intensiven und industriellen Landwirtschaft verursacht, Verantwortung übernehmen. Doch die Politik versteckt sich.

Die schweizerische Verfassungsinitiative ist in diesem Zusammenhang eine aussergewöhnlich positive Ausnahme. Es braucht politischen Mut und eine klare Stellungnahme, um die Zukunft der lokalen, nachhaltigen, fairen Betriebe zu sichern, für die das Tierwohl vor allen anderen Überlegungen Vorrang hat. Die Schweizer Konsumenten sind es sich bereits gewohnt, für diese Art von Produkten einen fairen Preis zu bezahlen. Sie unterstützen dadurch ein Modell der tierischen Erzeugung, das die angeborene Würde der Tiere respektiert, und bezahlen die Zusatzkosten, die ein solches Modell mit sich bringt. Auch Importprodukte müssen diesen Produktionsstandards entsprechen. Eurogroup for Animals setzt sich seit langer Zeit dafür ein, dass ausländische Produzenten in Bezug auf das Tierwohl die gleichen Vorschriften

erfüllen müssen wie europäische Produzenten. Auf nationaler Ebene bedeutet das auch, weniger, aber besser zu konsumieren und für tierische Erzeugnisse einen fairen Preis zu bezahlen. Diese Forderung ist Teil unserer strategischen Ziele bis 2025. Wir hoffen, dass das Beispiel der Schweiz einen positiven Präzedenzfall schafft. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.